

# Sallese Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 409.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Beilage erscheint monatlich zweimal. — Größte Beilage: Gleditscher'sche Zeitung (tägl. Beilage), 3. Unterrichtsblatt (Sonntagsbeilage), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Bezugspreis für die halbjährliche Beilage oder deren Raum für Halle u. den Gaukreis 20 M., einjährig 30 M. — Restraum am Schluss des redaktionellen Teils die Seite 100 M. Beilagepreise bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Seitziger Straße Nr. 61/62.  
Telephon 155 u. 156; Nebentelephon 1272.  
Verleger: Dr. Walter Engelstein in Halle a. S.

Sonnabend, 31. August 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.  
Telephon Amt Surferstr. Nr. 6290.  
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

### Sozialdemokraten und Beamte.

Dass die Zahl der Sozialdemokraten ständig steigt, ist eine Tatsache, die wir angeben müssen, eben, weil die Partei ihren Anhang längst nicht mehr ausschließlich in den Kreisen der Arbeiter sucht und findet. Wir haben uns die Frage vorzulegen: Kann ein Sozialdemokrat Beamter sein? Natürlich beantwortet der Sozialdemokrat die Frage mit Ja. Natürlich liegt die Sache dem doch sehr anders. Wer unmittelbar oder mittelbarer Staatsbeamter ist, also vom Staate angestellt, beauftragt und besoldet wird, ist moralisch verpflichtet, für das Wohl des Staates zu sorgen und kann schon deswegen nicht einer Partei angehören, die ausgeprochenenweise auf den Umsturz des Staatswesens in gewaltthätiger Weise hinarbeitet. Eigentlich müsste ein Beamter, sobald er sich der Sozialdemokratie anschließt, selber gemessenhaft genug sein, sein Amt niederzulegen. Zeit er das nicht, so muß er seines Amtes entsetzt werden. Darüber wird wohl auch nur eine Meinung sein.

Wie soll es aber mit solchen Beamten gehalten werden, die von ihren Mitbürgern für ein Amt gewählt worden? Von Sozialdemokraten und ihren Freunden wird natürlich behauptet, daß sie an der Ausübung ihres Amtes nicht gehindert werden dürfen, und daß die Behörden verpflichtet seien, ihre Wahl zu bestätigen, falls eine Bestätigung geübt vorgeschrieben sei. Man begründet das damit, daß ja das Wahlrecht der Staatsbürger illusorisch sei, falls der Gewählte nicht bestätigt werde. Sei die Mehrzahl der Wähler sozialdemokratisch oder habe sie aus sonst irgend einem Grunde zu einem Sozialdemokraten das Vertrauen, er sei für den Posten der geeignete Mann, so habe die bestätigende Behörde die einfache Pflicht, das Vertrauen der Wähler zu ehren und müsse dann die Wahl bestätigen. Dagegen spricht aber schon die Art und Weise, wie die Sozialdemokraten ihre Kandidaten gewählt bekommen. Ihnen sind die Wahlen keine Vertrauensfragen, sondern Wahlfragen. Sie müssen darum die Macht, die sie über die Wähler haben oder zu haben glauben, in vollstem Maße aus, um ihren Kandidaten das Mandat zu erringen. Derselbe Fehler, der bei den Parlamentswahlen geübt wird, tritt auch bei den Kommunalwahlen in der Erscheinung, nur bedrängt er sich hier auf ein kleineres Gebiet und wird nicht so augenfällig. Weil er aber geübt wird, kann von einer Verpflichtung der Behörden, die Wähler zu bestätigen, gar keine Rede sein. Dann aber bilden die Kommunalverbände gleichsam die Zellen, aus denen der Staatskörper sich aufbaut. Haben wir verfassungsgemäß einen monarchischen Staat, so kann der Staat es nicht dulden, daß in den Kommunalverbänden kleine sozialdemokratisch geleitete Körperchen entstehen oder er gibt sich selber auf.

Es ist darum nur erfreulich, daß in Deutschland die Einzelstaaten sich mehr und mehr auf ihre Pflicht besinnen, sozialdemokratische Beamte nicht zu bestätigen. Leider aber fehlt noch die Einheitlichkeit, und das ist insofern zu bedauern, als die Nichtbestätigung immer als ein Akt der Willkür oder Klaffenherbeitz hingestellt wird, wenn sie in einem deutschen Staate verlagert wird, während sie in anderen unbedenklich erfolgt. Wir halten es nun nicht einmal für nötig, daß ein Beschäftigter die Sache regelt. Ein solches würde auch in die Rechte der Einzelstaaten zu tief eingreifen. Mir meiner aber, daß man, wenn wir noch eine Reichsregierung haben, auf bestimmte Richtlinien sich einigen könnte, die für alle Einzelstaaten bindend sein müßten.

### Die Streitkräfte am Balkan.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben: Die verwickelten Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel lassen es angedrückt erscheinen, einen Blick auf die kriegerischen Hilfsmittel der dortigen Staaten zu werfen. Beginnen wir zunächst mit Montenegro, dem Kleinsten, zugleich aber auch unruhigsten Staate des Balkangebietes. Sein Truppenaufgebot kann als ein Heer nach modernen Begriffen nicht angesehen werden. Denn bis auf 4 kleine Feldbatterien von je 50 Mann, 8 Batterien und 20 Wägen, sowie einer Maschinengewehr- und Feldartilleriebatterie, besitzt das Land kein stehendes Heer, sondern die wehrfähige Jungmannschaft wird nur zu einer 30tägigen Dienstzeit pro Jahr eingezogen. Allerdings gehören sämtliche dienstfähigen Männer vom 20. bis 52. Jahre zum Heere, so daß man die Kriegsstärke der Armee auf 40 000—50 000 Mann schätzt. Ob aber diese Truppen den Anforderungen eines Feldzuges gemessen sind, besonders wenn ihnen modern ausgestattete und gut geführte Truppen entgegenstehen, muß bei aller Anerkennung des ehemaligen kriegerischen Geistes der Montenegroer zweifelhaft erscheinen. Denn das Militärwesen, auf dem Montenegro sein Heerwesen aufbaut, vermag einer Armee die innere Festigkeit und Schulung nicht zu geben, die ihr das System eines stehenden Heeres mit mehrjähriger aktiver Dienstzeit der Soldaten verleiht.

Das Königreich Griechenland hat seinem Heerwesen die Grundlage des aktiven Dienstes bei der Waffe gegeben, allein das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht ist

verhiebentlich durchbrochen, und aus Gründen der Sparsamkeit die Dienstzeit für viele Ausgeborene so außerordentlich beschränkt, daß ihre militärische Ausbildung den Anforderungen der Kriegstüchtigkeit keineswegs entspricht. Die Feldarmee soll angeblich eine Kriegsstärke von 170 000 Mann aufweisen, denen noch 83 000 Mann Landwehr und gegen 70 000 Mann Landflotte hinzutreten könnten. Inzue dem nach den Erfahrungen des letzten türkisch-griechischen Krieges erscheinen diese Zahlen recht kritisiert. Und daß auch der Geist des griechischen Heeres seit der Niederlage in Thessalien kein besserer geworden ist, ließ die Haltung des Offizierkorps im vergangenen Jahre erkennen, wo bekanntlich der künftige Thronerbe Griechenlands vom Kommando zurücktreten und das Land verlassen mußte, weil er der „Politisierung“ der Armee energisch entgegentrat.

Ebenso wenig wie Griechenlands schießt Serbien's Heer besonderen Mitleid ein. An sich verfügt die Armee über ein ganz brauchbares Material. Allein die ungeliebte Last des Königsdienstes lastet dem Heere und besonders dem Offizierkorps noch immer an. Einmal großverdienstlich bedient Serbien seine Kriegsmacht auf rund 250 000 Mann, indes nur zwei Drittel dieser Leute dürften ein Gewehr in der Hand gehabt haben.

Von ganz anderer Qualität dagegen sind die Heere Rumäniens und Bulgariens. Beide Völker haben durch ihre frühere deutsche Affinität eine durchgreifende militärische Schulung nach deutschem Vorbilde erhalten. Ausbildung, Ausrüstung und Einteilung der Streitkräfte geschieht nach deutschem Muster, das Geschützmaterial stammt größtenteils von Krupp und auch in das Offizierkorps ist in jahrelangem uernüchternen Arbeit der deutsche Geist der Pflichttreue und Zuverlässigkeit gepflanzt worden. Ein stark ausgeprägtes Nationalbewußtsein befeht, namentlich in Bulgarien, den kriegerischen Geist des Heeres, das im Kriegsfall eine Streitmacht von 18 Truppen-Divisionen mit rund 350 000 Mann umfaßt, ohne die auf 36 000 Mann geschätzten Besatzungstruppen. Rumänien, das im Frieden eine Armee von 95 000 Mann unter Waffen hält, hat für einen Offensivkrieg 5 Armeekorps mit rund 300 000 Mann zur Verfügung.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz hätte die Türkei nur durchgeführte Mobilisierung 27 Infanterie-Divisionen und 8 Reiterbrigaden verfügbar, d. h. rund 500 000 Mann. In den asiatischen Besetzungen verbleiben dabei noch immer 10 Divisionen und 5 Reiterbrigaden. Das Türkenheer besitzt in den Wärfmannen ein äußerst brauchbares Material, das von deutschen Anführern ausgebildet, unter tüchtigen Führern hohe kriegerische Fähigkeiten entfalten könnte. Auch das Offizierkorps weist zahlreiche Elemente auf. Leider aber haben die Parteikämpfe der letzten Jahre und Monate den Geist der Disziplin in bedenklicher Weise erschüttert, so daß die Chancen der Türkei bei einem etwaigen kriegerischen Zusammenstoß mit den christlichen Balkanvölkern neuerdings weit weniger günstig sind als ebendem. Möglicherweise aber überbrückt das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Osmanen die jetzt flaffenden Gegenstände, was etwa die politischen Verwicklungen einer Appell an die Waffen unermüdlich macht.

Daß die Türken bedeutsamere Gegner sind, hat ihre Haltung im russisch-türkischen Kriege von 1877/78 bewiesen. Besonders Kleina hat gezeigt, was sie unter tüchtiger Führung zu leisten vermögen.

### Die Wirren auf dem Balkan.

Der Wali von Bitlis ist auf Veranlassung des armenischen Patriarchen abgesetzt worden.

Unter der Bezeichnung „Salafistwolan“ (Nette) des Vaterlandes) wird in Konstantinopel eine politische Partei gegründet werden, deren Programm nächstens veröffentlicht werden wird.

Wie dem Wiener A. S. Telegr.-Korr.-Bureau aus Belgrad gemeldet wird, kehren die an der Grenze angesammelten Flüchtlinge von Serbien in das andere Ufer in ihre Heimat zurück, da dort nach Entsetzen der türkischen Truppen Ruhe herrscht.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Die Leitung des Sanitätswesens in Tripolis teilt mit, daß sich mehr als zwei Monaten kein Fall von ansteckender Krankheit aufgetreten sei. Man habe sich nunmehr entschlossen, das Hospital für Infektionskrankheiten vorläufig zu schließen. Diese Nachricht beweist die gegenwärtigen ausgezeichneten gesundheitlichen Verhältnisse in der Stadt und, so fügt die römische „Agenzia Stefani“ noch hinzu, gewinnt dadurch an Bedeutung, daß vor der Besetzung durch die Italiener Tripolis ständig und schwer von Epidemien heimgesucht worden war.

Die italienische Regierung erhielt einen vertraulichen Bericht des Generals Canova, in dem er vor einem Vormarsch in das Innere von Tripolis dringend

warnet. Trotzdem ist der Vormarsch abgeschlossen, den Canova jedoch nicht ausführen will, so daß seine Abberufung als bevorstehend gilt.

### Das „Marokkanische Abenteuer“ und allgemeine Politik Frankreichs.

Nach den neueren Meldungen aus Marokko kann man noch ein Zweifel daran bestehen, daß für die Franzosen in dem Scherifenreiche eine neue Periode ernster Schwierigkeiten eingeleitet hat. Die Erfolge, die der Gegenjultan El Siba bisher erzielt hat, dürften durch den „Berat“ von El Glaui weitentlich verstärkt werden, und wenn auch dort, wo größere französische Truppenmassen mit den Eingeborenen zusammenstoßen, den Franzosen das Vorrücken wohl immer hold sein wird, so wird doch binnen kurzem der Aufwand eine Ausdehnung angenommen haben, die derartige vereinzelte „Siege“ als ziemlich bedeutungslos für die allgemeine Lage im Lande erscheinen lassen. Die im Vordergrund eng gezogenen Grenzen für die Operationen, die nach Kautz's Willen in der nächsten Zeit zur Ausführung kommen sollten, liegen bereits erkennen, daß man auf eine Fortsetzung des Vertriebs der Außenwelt über den wirftlichen Stand der Dinge in Marokko zu rücken, verjichtet hat, weil man diese Täuschung als unzulässig erkannt hat. Heute haben sich die Verhältnisse aber bereits so geformt, daß diese Pläne völlig fallen gelassen sind, weil der Gang der Ereignisse nicht mehr von den Franzosen, sondern von den Führern der rebellischen Eingeborenen bestimmt wird. Die französischen Streitkräfte in Marokko sind aus der Offensiv in die Defensiv gedrängt worden.

Das ist die Signatur der augenblicklichen Lage, und der Ernst derselben wird auch von der gesamten französischen Presse allgemein eingesehen. Wenn sich einige Pariser Organe darin gefallen, das Märchen zu verbreiten, die jetzigen Schwierigkeiten in Marokko seien von Deutschland, oder doch von deutschen Agenten geschaffen worden, so ist das ein Mandar, das lediglich einer Art Verzweiflung entspringt. Die ernster französische Presse bezichtigt denn auch, wie sich feststellen läßt, auf ihre Uebernahme. Weit beachtenswerter ist der Umstand, daß sich in dem überwiegenden Teile der französischen Presse deutlich ein pessimismus kundgibt, der so gar nicht mehr von dem Chauvinismus verriert, mit dem man noch vor einem Jahre der marokkanischen Angelegenheit gegenüberstand. Damals wurden die Angriffe „Nouveau“ auf das marokkanische „Abenteuer“ noch mit einer nationalen Entzückung zurückgewiesen, die sich in der höchsten Eifer bewegte, und die „Nationalistischen Siege“ Frankreichs bildeten eine Quelle rauschenden Eigenlobes. Heute sieht man mit nachdrücklicher Besorgnis der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen.

An und für sich bietet die Lage in Marokko aber keineswegs einen ausreichenden Grund für diesen Unmuth der Stimmung in Frankreich. Alger hat weit größere Opfer gefordert, und die Zeit, die bis heute der Kampf mit dem Scherifenreich währte, ist gering auszulagen gegenüber der Länge der Zeit, die zur Befestigung der französischen Herrschaft in Alger nötig war. Aber — und das ist der „springende Punkt“ in der marokkanischen Frage und zugleich der Schlüssel zum Verständnis der heutigen „Schwermut“ der Franzosen — das „marokkanische Abenteuer“ beginnt allmählich deroutierend auf die allgemeine Politik Frankreichs einzuwirken. Die leitenden militärischen Kreise an der Seine beschränken nicht ganz ohne Grund eine empfindliche Beeinträchtigung der Schlagfertigkeit der Armee infolge des steigenden Truppenaufwandes, den Frankreich in Marokko zu machen gezwungen wird. Weit besorglicher aber noch ist die Einbuße an nationalen Bestreben, die Frankreich durch die Kadenzschlagen, die seine Politik in Marokko erlitten, erleidet. Diese Politik, auf Hintertreppenswegen begonnen und lange Zeit mit dem Sitten des Truges und der Täuschung fortgesetzt, hat, seitdem sie gezwungen wurde, ihr wahres Gesicht zu zeigen, wahrlich nichts weniger als Vorbeeren eingeheimet. In keinem Verhältnisse in Marokko gewisser hat sich Frankreich militärisch und politisch keineswegs in einem Maße gezeigt, das der vielgerühmten „Gloire“ und der Prästition entspricht, mit der die Republik im europäischen Mächtekonkurrenz aufzutreten beliebt. Das ermordende Bewußtsein jeder Tatsache ist es, was der Franzosen nach und nach die Lust an dem „marokkanischen Abenteuer“ verjagt.

### Deutsches Reich.

Das Kaiserpaar in Berlin.

Ihre Majestäten der Kaiserin und die Kaiserin sowie Prinzessin Viktoria Luise sind Freitag nachmittag um 5 Uhr 50 Min. im Conberg in Berlin auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen. Der Kaiser trug die Uniform der Königsjäger zu Pferde mit dem Generalsabzeichen. Zum Empfang der Majestäten und der Prinzessin waren erschienen: der

Kronprinz und die Kronprinzessin mit den beiden ältesten Brüdern, Prinz Eitel Friedrich und Prinz August Wilhelm mit Gemahlinnen sowie die Prinzen Oskar und Joachim. Prinz Eitel Friedrich überreichte der Kaiserin als Willkommensgruß ein prächtiges Rosenbuket. Zum Empfangen waren weiter erschienen: der Oberhofmeister der Kaiserin Freiherr v. Wirsow, Kammerherr v. Winterfeld, der Chef des Militärabnehmens General der Infanterie Freiherr v. Sander, General à la suite B. Gellius, der Präses der Generalstabkommission General v. Jacobi, Oberhallmeister Freiherr v. Weiskopf, sowie der Vizeoberhallmeister Freiherr v. Ghebel. Die Majestäten wurden, als sie vom Bahnhof abfuhren, von einer großen Menschenmenge förmlich mit Hochrufen begrüßt, und begaben sich nach dem königlichen Schloß.

**\* Kaiser und Prinzregent.** Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erhielt vom Prinzregenten von Bayern die Einladung, auf seiner Rückreise nach Schloß Lindershof zu kommen, um daselbst einige Zeit der Hofgesellschaft abzugeben.

**\* Der russische Votschafter in Berlin.** Euerbeien, stattete am Donnerstag dem Staatssekretär v. A. Biderlen-Wäcker einen Besuch ab, den dieser am Freitag in der russischen Votschaft erwiderte.

**\* Ordensverleihung.** Der Reichsanziger\* meldet die Verleihung des Rauten Ordens erster Klasse an den Militärbeamten auf russischen Hofe Zuckarsen und Grafen zu Dolzow-Schlobitten.

**\* Von der französischen Votschaft in Berlin.** Oberleutnant Serret ist zum Militärattache bei der französischen Votschaft in Berlin ernannt worden.

**\* Zur Frage der Jugendfürsorge.** Der ostpreussische Staatsmann Dr. Charles Madeler, Präsident der State Children Relief Board in S. d. N. hat sich mit großer Eingebung dem Studium der staatlichen Jugendfürsorge in Australien widmet, hält sich lange Zeit in Berlin auf, um die dortigen Jugendfürsorgeeinrichtungen kennen zu lernen, zu seinen Ehren gab der Staatssekretär des Auswärtigen, von A. Biderlen-Wäcker, im Kaiserhof ein Frühstück, an dem u. a. der britische Jugendfürsorge-Carl von Granville, Stabrat von Kattich, von Gwinmer, Amtsgerichtsrat Köhne und Major Platz teilnahmen.

### Neue Gewerbeordnungsnovellen?

Dem Vernehmen nach sind an den zuständigen behördlichen Stellen Ermägungen über die Wenderung einzelner Bestimmungen der Gewerbeordnung statt, zu zwecks Verringerung der Unmühsamkeiten, zwecks Regelung des Waffenhandels, zwecks Erweiterung der Konzeptionsfrist auf neue Gewerbebetriebe u. a. m. Ob diese Ermägungen zu positiven Vorarbeiten führen werden und ob im letzteren Falle die Formulierung der betreffenden Gewerbeordnungsnovelle sich zu zeitig wird bewirken lassen, daß diese noch im nächsten Tagungsabsicht dem Reichstage wird unterbreitet werden können, steht dahin. Die schon an sich große Anzahl von Gewerbeordnungsnovellen wird also gegebenenfalls um eine neue vermehrt werden. Darin ist kein schlechtes Zeichen der Zeit zu erblicken. Im Gegenteil, es ist durchaus zweckmäßig, daß sich die Gewerbeordnung dem Wechsel der Wirtschaftsverhältnisse möglichst schnell anpassen vermag, und zwar um so mehr, als die Ausgestaltung des deutschen Gewerbes für das letztere mit allergrößter Aufmerksamkeit verbunden ist. Willkürlich aber wird bei der nächsten Novelle auch erzwungen, ob nicht einmal formellen Nachbesserungen werden können. Durch den Erfolg der vielen Novellen und ihre Einführung in die urprüngliche Gewerbeordnung unter Befahrung der alten Paragrafenbezeichnungen ist die Leberfähigkeit der Gesetzgebung. Sie würde wieder hergestellt werden, wenn eine fortlaufende neue Folgebestimmungen der einzelnen Paragrafen vorgenommen werden würde.

### Wochensaal der Liegner Fall.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Freitag-Abendnummer:

Die von uns veröffentlichte Darstellung des Sachverhalts des Falles aus Leipzig, in welchem ein Pensionär sein Rentnierzustand gefordert worden war, hat nicht geringe Bekanntheit, welche hieran Veranlassung die Vermutung flüchten zu lassen glaubte, von ihrem Unrecht zu überzeugen. Daß der Pensionär nicht, wie es früher dargestellt wurde, eine Anzusage seiner Gemahlin, sondern eine Erblassung erhalten, kann jetzt nicht mehr bezweifelt werden. Wohl aber fragt man nun, wie es möglich ist, daß nach dem Tode der Pensionärin auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 die nach der Gesetzeslage notwendige Klärung des Rentnierzustandes bisher unterblieben ist. Die Wenderung der Pensionen- und Versorgungsbestimmungen hat Sonderbestimmungen und Umrechnungen notwendig gemacht. Wenn der Rentner Fall erst jetzt zur Prüfung gelangt oder die unterlassene Klärung des Rentnierzustandes erst jetzt bemerkt ist, so ist das ganz behauerlich. Aber derartige Verzögerungen oder Fehler werden sich auch in der besten Verwaltung nicht immer vermeiden lassen. Somit würde es da einer Nachprüfung, z. B. durch den Rechnungsführer, gar nicht bedürfen. Folglich kann es nur darauf ankommen, ob die Pensionärin zu einer Gültigkeit für den Pensionär geführt hat, und diese Frage muß zweifellos vorgebracht werden, da der Pensionär mehr erhalten hat, als ihm zuzustehen. — Aber, so wird erwidert, die Gültigkeit darin, daß der befürchtete Pensionär die zuviel erhaltenen 150 Mark zurückzahlen soll. Auch diese Vorwurfe beweisen nur die Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Es handelt sich um einen Rentnierzustand, der ohne Prüfung der Bedürftigkeit bewilligt wird. Aus seiner Gewährung darf also nicht auf die Bedürftigkeit der Pensionäre geschlossen werden. Seine Verweigerung kann aber auf ihre Forderung von Amts wegen bezweifelt werden, indem sie dem Schuldner überlassen, bei der Eingabe der Forderung eine Gültigkeit, die Abhandlung zu beantragen. Erbitet der Pensionär in dem Rentner Falle unter Berufung auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse die Wiederholung der überhöhten Beträge, so kann er sich verweigern, indem die Angelegenheit mit dem Wohlwollen gerichtet wird, was in der Reichsversammlung in solchen Fällen öfters vorkommt. Dazu kommt, daß eine Klärungspflicht nach dem Rechtsspruch des Reichsgerichts zu § 818 Abs. 3 B. G. B. für einen grundlos Berechtigten überhaupt nicht besteht, wenn er sich zur Zeit der Erhebung des Klärungsauftrags nicht mehr im Besitze der durch den Zustellungsantrag erlangenen Bereicherung befindet.

Die vom Reichsgericht getroffene Entscheidung ist nicht nur durch die gesetzliche Bestimmung geboten, sondern auch so wenig unbillig, daß dieses Amt unwürdig ein Interesse an der Verschleierung irgend eines Umstandes haben könnte. Die Erhebung eines bezüglichen Vorwurfs ist deshalb nicht verneinlich.

**\* Zur Befämpfung des Mädchenhandels.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, am 2. d. Mts. hat der Kaiserliche Geschäftsträger in Paris die Ratifikationserklärung zu dem internationalen Übereinkommen zur Befämpfung des Mädchenhandels vom 4. Mai 1910 seitens des Reiches hinterlegt. Das Übereinkommen tritt jedes Monate nach dem Tage der Hinterlegung, also mit dem 28. Februar 1913, in Kraft. Unter Deutschland haben Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Österreich-Ungarn, Rußland und Spanien das Übereinkommen ratifiziert.

**\* Das Koalitionsrecht der Arbeiter.** Gegenüber der von der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ in den Nummern vom 21. und 28. August aufgestellten Behauptung, daß die Einbringung eines gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichteten Ausnahmengesetzes beim Bundesrat geplant sei, und daß die vortemmerberliche Regierung für dieses Vorhaben bereits die nötigen Schritte über die Staatsregierung im Reichstag vor sich gehen ließe, hat die vortemmerberliche Regierung von einem derartigen Plane nichts bekannt sei. Daher entbehe auch die Behauptung von einer bereits erfolgten Erteilung der Zustimmung für den Plan jeder Begründung.

## Ausland.

### Ein Manifest des Königs der Bulgaren.

Das Amtblatt in Sofia veröffentlicht ein Manifest, das König Ferdinand aus Anlaß der Jubiläumfeierlichkeiten an die Nation gerichtet hat. Der König spricht darin seine Freude über die vermehrungsfähige Fortschritt Bulgariens im Laufe der letzten 25 Jahre aus, rühmt die politische Klugheit und die hohen Eigenschaften des bulgarischen Volkes, die dem Lande einen ehrenvollen Platz in der zivilisierten Welt errichtet hätten, und erklärt, er sei glücklich, seinen beschriebenen Teil zu diesem hohen futuristischen Aufschwung beitragen zu haben. Zum Schluß dankt der König für die Gefühle der Liebe und Treue, die ihm zum 25jährigen Tage seiner Thronbesteigung befundet worden wären.

### Die rassistische Bewegung in Portugal.

Unter dem Vorhitz des Erfindungs Manuel findet in der Schweiz eine Beratung portugiesischer Rassisten statt behufs Beschlußfassung über die weitere Taktik der rassistischen Bewegung in Portugal.

### Gefährdungen auf englischen Spähkreuzern.

Die Spähkreuzer „Batrol“, „Forward“ und „Forest“ sind am Freitag außer Dienst gestellt worden, da, wie es heißt, die 12 Hund-Geschütze durch verfallene erlegt werden sollen. Die Auswählung soll erforderlich geworden sein infolge der Tatsache, daß die letzten 2000 Zentner für diese Kreuzer im Jahre 1907 in Portsmouth und Leamington vor sich gehen bei den Spähkreuzern „Sentinel“, „Stratford“, „Attentive“, „Batfinder“ und „Adventure“.

### Marokko.

Generalpräsident Duvalet meldet telegraphisch aus Rabat vom 28. August, daß die zwei Sarkas, welche der Moghi im Norden von Fez auf dem rechten Ufer des Uregla gebildet hatte, jetzt aufgelöst worden sind.

### Zur Panamahanfrage.

In England wird, wie die Wäcker melden, ein erster Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Panamahanfrage befürchtet, falls Präsident Taft den Antrag Englands auf eine schiedsgerichtliche Erledigung der Angelegenheit ablehnen sollte.

### Zur Lage in Nicaragua.

Wie aus San Juan del Sur gemeldet wird, haben 500 amerikanische Soldaten und Matrosen Corinto verlassen, um die Eisenbahn- und telegraphische Verbindung mit Managua wiederherzustellen. Alle Stationen sollen von Mannschaften besetzt werden, die das Eigentum schützen und Störungen des Eisenbahnverkehrs verhindern sollen.

**\* Griechenland.** Der Deputierte von Speza Dionisid ist zum Finanzminister ernannt worden.

## Aus Nah und Fern.

**Des Ergrahers Dank.** Aus Rio meldet man: Erzherzog Franz Ferdinand hat aus Anlaß seiner fünfjährigen Jubel in Quibico, wo ihm, wie gemeldet, von der Landbevölkerung ein so begeisterter Empfang zuteil wurde, eine Reihe von Spenden gemacht. So erzielten die Kirchen und die Armen von Barbado, wo der Kronfolger sein Hauptquartier hatte, sowie die Kinderbewahranstalten in Moncone und Tione Jubelstunden.

**Ausproberung.** Aus Göttingen wird uns gemeldet: Nachdem im Verlauf des Göttinger Wahlkampfes die Wahlberechtigung der Witwe ausgetretenen Auslands die Zugehörigkeit der Witwe von dem Zertifikatsverband als nicht genügend erachtet worden sind, haben sich die dem Zertifikatsverband angehörigen Wahlberechtigten mit der Witwe Wahl solidarisch erklärt und allen Wählern durch Anschlag gefällig. Von der Ausproberung werden sieben Wahlberechtigten betroffen, die zum Teil mehrere andere Arbeiter beschäftigen.

**Gegen den ehemaligen Chef der Geheimpolizei in Aien.** Wirtschaft, und zwei Geheimpolitische wurden wegen Häufungen in Kriminalprozess Justizminister ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

**Gegen den Leiter der Verhörschule in Berlin.** Wenn Nah, wurde das vor einigen Monaten wegen Verstoßes des Mädchenhandels eingeleitete Verfahren eingeleitet, nachdem der Beschuldigte schon länger vorher aus der Untersuchungshaft entlassen worden war.

**Auf eigenartige Weise ist der Italiener Amicorelli Jonai** am Donnerstag aus Leben gekommen. Jonai hatte von seinen Arbeitsschleppern gehört, daß der Rauch von seinen verbrannten Dynamit ein ausgezeichnetes Mittel gegen Insekten sei. Er besorgte sich daher von dem Schweiß und es geschah, was die Dynamitpatrone, die er vor dem Schlafen unter sein Bett legte und mit einer Zündschnur in Brand setzte. Unglücklicherweise hatte er aber vergessen, den Verschluss der Patronen zu lösen. Im nächsten Augenblick erfolgte eine furchtbare Explosion, und das ganze Haus samt Welt und seinem Ansehen lag in der Luft.

**Schwerer Eisenbahnunfall in Rußland.** Vor der Station Gori wurde ein auslaufender Personenzug irrtümlich auf einen toten Strang geleitet. Hierbei führten die Lokomotive und der Gepädwagen um und letzterer verbrannte. Der Lokomotivführer und der Seiger wurden getötet.

**Anfänge des anabrunder Berges** der in den letzten Tagen in Belgien geobau eine katastrophale Dimension angenommen hat, drohen allgemein Überflutungen.

**Schwärmer.** Aus Sebastian wird gemeldet: Zwei Soldaten aus Köln sind unter dem Verdacht gefangen worden, Verbreiter von Hölzer-Verbreitungen zu sein, die Wäcker in Deutschland annehmen und an ausländische Schwärmer weitergeben.

## Provinz Sachsen und Umgebung.

**Die 21. Hauptversammlung des Evangelischen Bundes in Anhalt** findet am 27. und 28. Oktober in Zerbst statt. Der Festgottesdienst wird in der Schloßkirche St. Bartholomäi abgehalten. Der anhaltische Hauptverein zählt zurzeit 40 Zweigvereine und Ortsgruppen mit 3550 Mitgliedern.

### Gute Haselnuernte in Thüringen.

Aus Thüringen wird uns berichtet, daß in diesem Jahre auf eine außerordentlich reichliche Ernte zu rechnen ist. Der Ertrag wird den der Vorjahre weit über das Doppelte übersteigen. Leidersterweise aber beginnen viele Leute schon jetzt mit dem Einsammeln der Nüsse, obwohl dieselben noch viel zu grün sind, und zweifelsohne verderben werden. Nach den vielen Regenmoden ist vor Mitte September das Einsammeln der Nüsse fast allgemein unangebracht, wenn die Nussgehäusen braun werden, sollte man mit dem Einsammeln beginnen. Verdorbenen Nüssen wird ja der Kern, wenn die der Nusskerne begonnen werden kann, beizugegeben. Viele Nussentwerter richten sich aber leider nicht nach dieser Forderung, obwohl sie sich dadurch nicht nur strafbar machen, sondern auch selbst schädigen, weil das Einsammeln unrichtig abgefaßten, schumpferigen Nüssen vergebliche Mühe ist. Sein Händler wird solche Ware kaufen.

**K. Ritterfeld, 30. August. (Wochenfestmarkt.)** Bei dem gelirigen Wochenfestmarkt waren aufgetrieben 116 Stüd. Der Preis für das Paar betrug 300 Mark.

**Dürrenberg, 30. August.** (Anhaltische Wochenfestmarkt in Dürrenberg.) Der Anhaltische Frauenverein in Wetzburg-Land hat sich entschlossen, in dem besonders heftigsten Gebiet Dürrenberg eine Kinderheilstätte zu errichten, welche von Schwestern geleitet und für 100 Betten eingerichtet werden soll. Durch die hochherzige Schenkung eines Grundstücks der Herrin Herrlich in dem Land geleitet worden, für die neue Anstalt ein besonders geeignetes, in günstiger Lage fast am Grabenrand und in nächster Nähe der Wäcker belegen Grundstück zu erwerben, welches mit allen Nüssen versehen und so groß ist, daß es den kleinen Patienten zugleich einen willkommenen weiten Spielplatz zu bieten vermag.

**Wagburg, 30. August. (Anhaltische Wochenfestmarkt.)** Die Festgottesdienste am 29. August. In der Kirche wurde in den Anlagen der Stadt ein Mann verhaftet, der sich in seinen Mägen verfangen hatte. Schon damals war die Vermutung aufgefallen, daß der verdächtige verfangene Mann noch einen Helfershelfer gehabt hatte. Dieser Verdacht hat sich in der Zwischenzeit bestätigt, und jetzt ist es der Schmittmeister geworden, der den verdächtige Helfer verhaftet hat und ihn mit sich in die hiesige Arbeiter — hinter Schloß und Mauer zu bringen. — Nussliche Nüsse hatten in Westfalen einen Anzug und Uhr mit Nette geflochten und waren fälschlich erworben. Sie wurden hier verhaftet.

**Wagburg, 30. August. (Eine vier Millionen.)** Die Sonntagstube im Handelsverze. Den Stadtverordneten ist eine Vorlage wegen Erweiterung des Anhaltischen Systems vorgegangen. Die Gesamtarbeiten stellen sich für den nächsten Jahre allein in Betracht kommenden vorläufigen Ausmaß auf 3.115.000 Mark. Die Kosten für den Anhaltischen sind geschätzt worden, für die Anhaltischen in Wagburg hat das Christkind über die Sonntagstube im Handelsverze in der zweiten vom Magistrat vorgeschlagenen Fassung genehmigt. Es sind damit sämtliche Beschläge der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juni, mit Ausnahme des einen, bestätigt worden, wonach das Anhaltische Personal in den mit der Sonntagstube verbundenen Sparten der Anhaltischen in den Kontingen, in den öffentlichen Verkaufsstellen gehören, an jedem 2. Sonn- und Feiertage von der Arbeit freizulassen wären. In Zukunft dürfen also Geiseln, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen in Kontingen, mit Ausnahme der oben erwähnten Kontore und der Sonntagstube überaus anhaltisch sein. In den Sparten der Anhaltischen wird allgemein der Anhaltischen eingeleitet.

— **Wagburg, 30. August. (Schuleinweihung.)** Die unter der Leitung des Anhaltischen Peter in der errichtete neue Volksschule ist nunmehr fertiggestellt. Sie wird am 11. September eingeweiht werden.

## Wissenschaft, Kunst, Theater und Musik.

**— Staatswissenschaftliche Fortbildungskurse in Berlin.** Die Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin (Wochenzeitung 70 II, Telefon Zentrum 6929) veranstaltet im kommenden Winter ihren 23. Fortbildungskursus, der am 30. Oktober beginnt und am 12. März schließt. Der Kursus wird in der Form eines Vortrags und von dem Geschäftsführer unentgeltlich zu besuchen ist, hat eine besondere Ausgestaltung erfahren mit Rücksicht auf die Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 3. Juli d. Jz. über die Veranlassung der Gerichtsassessoren zum Zweite Fortbildungskursus. In viel größerem Umfang als bisher sind juristische Vorlesungen bestritten, die von hoher Marke aus die Hauptprobleme der Rechtsphilosophie erörtern. Zahlreiche namhafte Juristen, unter denen wir von der Halle-Universität Herrn Geh. Justizrat Professor Stammler nennen, haben mit Eifer die Gelegenheit wahrgenommen, das durch den genannten Gesetz angeordnete Nachstudium der Juristen zu fördern. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Behandlung der rechtlichen Probleme erst dann ganz erfüllt werden kann, wenn die wissenschaftlichen Vorgänge volles Verständnis finden, sind dem Studium der Volkswirtschaft eine große Reihe grundlegender Vorlesungen gewidmet, die wieder in zahlreichen einzelnen Vorträgen ihre Ergänzung finden. Alle Wirtschaftsgebiete werden in den großen und kleineren Vorlesungen berücksichtigt. Aber die unendliche Fülle läßt sich nicht aufzählender Fragen in dem weiten Bereich der Volkswirtschaft läßt eine gleich eindringliche Behandlung aller Spezialgebiete unmöglich erscheinen. Es wird deshalb immer nötig sein, abseits von einzelnen feineren wissenschaftlichen Gruppen von Vorlesungen ganz besonders eingehend bis ins Detail heranzutreten und zu analysieren. So ist es dieses Mal geschehen mit dem Agrarwesen und mit dem Bank- und Wäckerwesen, welches in seiner Bedeutung für die Volkswirtschaft und die Privatwirtschaft wirtschaftlich eine umfassende Darstellung erfährt. Mit der folgenden Besprechung der deutschen Volkswirtschaft in der Volkswirtschaft ist eine generelle Kenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge außerhalb des eigenen Landes unbedeutend Voraussetzung für die richtige Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Weltlage Deutschlands. Aus diesem Grunde haben die Volkswirtschaftsfragen eine besondere Beachtung erfahren. Dem Gehirnen und dem Gehirnen Vorlesungen tritt ergänzend zur Seite ein sehr reichhaltiges Programm von Einzelvorträgen allgemeinen Inhalts, die von vielen Gelehrten ersten Ranges aus allen Teilen Deutschlands übernommen worden sind, und von denen wir uns zu erwähnen, die insofern eine so umfängliche Bedeutung erfahren haben, als sie eine gewisse Besondere aufnehmen und eingehend behandeln. Nach allem Bedachte tritt



